



Ende und Neubeginn

Die XIV. Legislaturperiode ist zu Ende. Der Landtag hat bereits Weichen für die nächste gestellt.

Am 18. September fand die letzte, die 210. Sitzung dieser XIV. Legislaturperiode statt. Vor Sitzungsschluss hat der Landtagspräsident noch acht Abgeordnete namentlich verabschiedet, die bei den Wahlen am 27. Oktober nicht mehr antreten werden: **Walter Baumgartner, Hanspeter Munter, Rosa Thaler, Martina Ladurner, Julia Unterberger, Georg Pardeller, Sabina Kasslatter Mur** und schließlich Landeshauptmann **Luis Durnwalder**, der dem Landtag seit 1973 angehört hat. Der Landtag hat in den vergange-



Die scheidenden Abgeordneten

nen fünf Jahren 85 Gesetze verabschiedet. Einige davon betreffen die Abgeordneten selbst, vor allem das Wahlgesetz, das im Jänner dieses Jahres verabschiedet wurde. Dieses behält das bisherige Wahlsystem, die Berechnung der Sitzverteilung, sowie die Bestimmungen zu Wählbarkeit und Unvereinbarkeit bei, bringt aber dennoch eine Reihe von Neuerungen: die Briefwahl für Heimatferne, eine Geschlechterquote von höchstens zwei Dritteln auf der

Kandidatenliste und eine Zusammensetzung der Landesregierung nach dem Geschlechterverhältnis im Landtag, eine Beschränkung der Wahlkampfkosten auf 40.000 Euro pro Kandidat und Kandidatin. Die Landesregierung wird auf neun Mitglieder beschränkt und nicht mehr mit Vorzugsstimmen gewählt, sondern durch Blockwahl; vor der Wahl nennt der Landeshauptmann seine Stellvertreter und die Zuständigkeiten der Landesräte. ■

„Wir machen mit!“

Info-Broschüre zur Landtagswahl in leichter Sprache von und für Menschen mit Lernschwierigkeiten

Auch Menschen mit Beeinträchtigung wollen wählen. People First Südtirol, die Selbstvertretungsgruppe von Menschen mit Lernschwierigkeiten, hat eine Bro-

schüre erarbeitet, die das Wählen leichter machen soll: „Politik in Südtirol – Wir machen mit – Landtagswahlen 2013“. In einfachen Worten wird darin erklärt, was Politik und Demokratie sind, was der Landtag tut und was die Landesregierung. Sie enthält auch eine Übersicht über die Südtiroler Parteienlandschaft und eine Anleitung zum Wählen.

Jochen Tutzer, Präsident, und andere Vertreterinnen und Vertreter von People First haben im Landtag – im Beisein von Abgeordneten und Vertretern der Südtiroler Lebenshilfe, die die Vereinigung unterstützt – diese Broschüre vorgestellt, die Menschen mit Lernschwierigkeiten die Wahl erleichtern soll. Die UN-Konvention für die Rechte der Menschen mit Behinderung sieht auch Mitbestimmung vor, und Wahlen sind eine wichtige Form der Mitbestimmung. People First wünscht sich, dass möglichst viele Menschen mit Beeinträchtigungen durch diese Informationsschrift genug Informationen bekommen, damit sie am 27. Oktober eine bewusste und aufgeklärte Wahl treffen können. ■



Die Vertreter von People First bei der Vorstellung der Broschüre zu den Wahlen

Arbeit in Krise

Aktuelle Debatte im Landtag zur Arbeitslosigkeit

Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit standen im Zentrum einer Aktuellen Debatte, die der Landtag auf Antrag der **BürgerUnion** geführt hat. Diese warf der Landesregierung eine unzureichende Reaktion auf das Problem vor. So seien z.B. die Hälfte der 300 Mio. Euro für öffentliche Aufträge an auswärtige Firmen ergangen, anstatt einheimische Betriebe zu bevorzugen und die Einstellung von einheimischen Arbeitskräften zu fördern. Die Arbeitslosigkeit sei im Vergleich zum Vorjahr um 23 Prozent gestiegen. Die **Freiheitlichen** bezeichneten die 44 Maßnahmen, die die Landesregierung im Sommer beschlossen habe, als wenig hilfreich. Es hätten drei klare Eingriffe genügt: Weniger Steuern, weniger Bürokratie und höhere Löhne. Ein zusätzliches Problem sei das Lohndumping durch ausländische Arbeitskräfte. **Team Autonomie** plädierte dafür, mehr in den privaten Arbeitsmarkt zu investieren statt in öffentliche Stellen und Großprojekte des Lan-



Arbeitsamt: Landtag diskutiert über Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen

des. Die **Süd-Tiroler Freiheit** wies auf die hohen Arbeitskosten in Italien hin und plädierte für den Generationenvertrag, um Arbeitsplätze für die Jugend zu schaffen. **Wir Südtiroler** forderte, das Gießkannenprinzip bei der Förderung zu überdenken und auf jeden Fall eher die Arbeit anstatt das Kapital zu fördern. Die **Grünen** setzten auf Ausbildung und neue Technologien, um Arbeitsplätze für die Jugend zu schaffen. **La Destra** forderte spezielle Maßnahmen für Arbeitslose über 55, **Unitalia** beklagte die Vorgaben der EU, die auswärtige

Betriebe bevorzugten, und forderte die Ausweisung der arbeitslosen Nicht-EU-Bürger. Die **SVP** mahnte eine bessere Ausstattung der Arbeitsämter an und forderte besondere Unterstützung für jüngere wie ältere Arbeitslose.

Die **Landesregierung** verteidigte ihre 44 Maßnahmen zum Arbeitsmarkt, außerdem sei die Situation in Südtirol sichtbar besser als in anderen Regionen. Viele der in der Debatte geforderten Maßnahmen würden bereits umgesetzt, der Generationenvertrag sei nun eine neue Möglichkeit. ■

Bericht des SEL-Ausschusses

Mehrheit im Untersuchungsausschuss genehmigt nur Rumpfbericht. Politische Wertungen im Plenum.

Nach elf Sitzungen und sieben Anhörungen hat der Untersuchungsausschuss zu den Kraftwerkskonzessionen und zur Energiepolitik im September seine Arbeiten abgeschlossen. Am Ende blieb vom Abschlussbericht nur mehr eine Chronik der Sitzungen übrig, die von **Team Autonomie** (Ausschussvorsitz) und **SVP** befürwortet wurde, während sich die Vertreter von **BürgerUnion**, **Grü-**

nen, **Freiheitlichen**, **Wir Südtiroler** und **Alto Adige nel cuore** der Stimme enthielten. Der Teil des Berichts, der die Analyse und die Schlussfolgerungen enthielt, wurde mit den Gegenstimmen der SVP abgelehnt – Team Autonomie stimmte dafür, die anderen enthielten sich der Stimme.

Damit sei die Arbeit des Ausschusses entwertet worden, urteilte die Vorsitzende des Untersuchungsausschusses: „Wir haben Rechtsexperten, Mitarbeiter der zuständigen Ämter, Landesräte und Vertreter von Energiebetrieben angehört. Dadurch konnten wir wichtige Erkenntnisse sammeln und dem Landtag auch Empfehlungen geben, aber

die Mehrheit hat das alles blockiert.“ Ein politisches Urteil über die Konzessionsvergaben drang dennoch nach außen, und zwar durch die Minderheitenberichte, die im Plenum verlesen und diskutiert wurden. Darin kritisierten die Grünen die Doppelrolle des Landes als Stromunternehmer und Schiedsrichter, die Missachtung der Gutachten und den Schwindel beim Wettbewerb, **Wir Südtiroler** wies vor allem auf die mangelnde Transparenz hin, die durch die Beteiligung von Treuhändern gegeben sei, und die **BürgerUnion** prangerte die Schaffung eines Strommonopols an, das den Interessen der SVP diene. ■

Kleine Urbanistikreform

Die Landesregierung hat ein Gesetz zur Entbürokratisierung vorgelegt, die Opposition fürchtet um Landschaft und Mitbestimmung.

Der Landtag hat im Juli die sogenannte kleine Urbanistikreform verabschiedet (mit 17 Ja, 13 Nein bei 1 Enthaltung), die vor allem eine Vereinfachung der Prozeduren bringen soll. Die zuständigen Landschaftskommissionen werden zusammengelegt, in größeren Gemeinden werden Varianten zum Bauleitplan dem Gemeinderat erst zur Schlussabstimmung vorgelegt, Korrekturen am Bauleitplan werden einfacher. Andererseits wird der Urbanistikvertrag eingeschränkt und an das öffentliche Interesse gebunden, die Nachbargemeinden bekommen durch den übergemeindlichen Entwicklungsplan ein Mitspracherecht. Das Gesetz erlaubt auch eine Erweiterung für Privatzimmervermieter und Ur-

laub auf dem Bauernhof, während die Zweitwohnungen eingeschränkt werden können. Als wichtige Neuerung wurde die Privatverhandlung für den Ankauf von Gewerbegrund bezeichnet – Enteignungen sollen die Ausnahme sein.

Eine Reform, die die Landschaft nicht schützt, sondern der Spekulation weitere Türen öffnet, urteilten die **Grünen**. Im Zentrum ihrer Kritik stand der Artikel, der auf das Kaufhausprojekt auf dem Areal des Hotels Alpi zugeschnitten war. Ihre Forderung, vor Ausweisung neuer Gewerbezone ungenutzten

Gewerbegrund zu nutzen – der sich auch die **Freiheitlichen** anschlossen – wurde als kaum durchführbar abgelehnt. Eindeutig für das „Benko-Projekt“ zum Hotel Alpi sprach sich **Unitalia** aus, es werde Arbeitsplätze bringen. Die **Süd-Tiroler Freiheit** kritisierte die jährliche Festlegung der verbaubaren Fläche durch die Landesregierung, **Wir Südtiroler** sah in der neuen Genehmigungsprozedur eine Entmachtung der Gemeinderäte, die **BürgerUnion** vermisste wirksame Regeln gegen den Ausverkauf der Heimat. ■



Neuerungen für die Wirtschaft

Liberalisierung der Öffnungszeiten, Unterstützung der Dorflifte und Rationalisierung der Handymasten

Der Gesetzentwurf, den die Landesregierung vorgelegt und der Landtag mit 16 Ja, 8 Nein bei 5 Enthaltungen genehmigt hat, betrifft verschiedenste Aspekte der Wirtschaftspolitik und -förderung, so etwa die Anpassung von Berufsbildern des Handwerks an den technischen Fortschritt, eine Teil liberalisierung der Öffnungszeiten im Gastgewerbe, die Unterstützung der lokalen Sender oder die Förde-

rung für den Kauf von elektrisch betriebenen Fahrzeugen. Die soziale Funktion der Dorflifte soll unterstützt werden, und die Konzessionsgebühren für den Schotterabbau werden für Umweltausgleichsmaßnahmen zweckgebunden.

Im Zentrum der Debatte standen die Genehmigung von Handymasten, für die nun eine Mitbenutzung durch Dritte möglich sein muss, sowie die Förderung von Rundfunksendern für die Nutzung von Nachrichtenagenturen. **Unitalia** kritisierte die stillschweigende Genehmigung für Anlagen, deren Strahlung gefährlich sein könnte, und die einseitige Rundfunkförderung, die zu Klientelismus und ein-

seitiger Information führen werde. Letzteres sahen auch **Alto Adige nel cuore**, **Freiheitliche**, und **Süd-Tiroler Freiheit** so. Die Förderung sei auf eine einzige Agentur zugeschnitten, argwöhnten die **Grünen**, und **Team Autonomie** wies darauf hin, dass eine ähnliche Bestimmung im Trentino per Gericht zu Fall gebracht wurde.

Mit diesem Gesetz habe man eine Reihe von Bereichen auf den neuesten Stand gebracht, erklärte hingegen die **SVP** und nannte dazu das Lehrlingswesen und die Berufsbilder. Die Rundfunkförderung werde genauer durch Durchführungsverordnungen geregelt, um auf Neuerungen eingehen zu können. ■

Neue Gesetze

Sanität, Kraftwerke,
öffentliche Veranstaltungen
und Gasverteilung

Der Landtag hat im Zeitraum Juni-September eine ungewöhnlich hohe Zahl an Gesetzen verabschiedet, auch dank zweier eingeschobener Sondersitzungen. Ein Gesetz, das im Juli mit 18 Ja bei 8 Enthaltungen verabschiedet wurde, bringt eine Reihe von Änderungen im Gesundheitswesen. Unter anderem geht es darin um ein Ethikkomitee des Sanitätsbetriebs für die klinische Prüfung und Erprobung, um die Förderung von Ausbildung und Forschung, um die Einführung eines Registers bestimmter Erkrankungen, um die unangemessene Inanspruchnahme der Notaufnahme, um Organspenden und um die Impfpflicht.

Ein weiteres Gesetz, das von zwei SVP-Abgeordneten vorgeschlagen und vom Landtag bei 7 Enthaltungen genehmigt wurde, sieht Ausgleichszahlungen zugunsten der Gemeinden auch bei jenen Kraftwerken vor, deren Konzession ohne Wettbewerb verlängert wurde. Während der Landeshauptmann sich skeptisch über die rechtliche Haltbarkeit des Gesetzes äußerte, meinte **Grüne** und **Süd-Tiroler Freiheit**, das Land habe den Verdienstaustausch verursacht und sollte für eine Entschädigung sorgen.

Grünes Licht (18 Ja, 7 Nein, 2 Enthaltungen) auch für ein Gesetz, das den Gemeinden die Zuständigkeit für öffentliche Veranstaltungen überträgt, ebenso für die Regelung der Konzessionen für die Energieproduktion aus erneuerbaren Quellen (19 Ja, 2 Nein, 5 Enthaltungen). Schließlich wurde (mit 18 Ja, 2 Nein, 5 Enthaltungen) auch ein Gesetz zur Regelung der Erdgasverteilung verabschiedet. Während die Grünen kritisierten, dass die Landesregierung auf einen einzigen Verteiler für das ganze Land abziele, erwiderte die Landesregierung, dass sich bestehende Betriebe auch zu einer Bietergemeinschaft zusammenschließen könnten. ■

„Gesperrte“ Millionen

Die Rechnungslegung für
den Landeshaushalt 2012

Die Rechnungslegung für den Landeshaushalt 2012 zählt Einnahmen von 5,3 Mrd. Euro und Ausgaben von 5,4 Mrd., wobei aufgrund römischer Sparvorgaben 10 Prozent der Summe „gesperrt“ werden mussten, wie die **Landesregierung** erklärte. Das entsprechende Gesetz, das der Landtag mit 19 Ja, 9 Nein bei 1 Enthaltung verabschiedet hat, enthält auch andere Bestimmungen: Hilfsmaßnahmen nach dem Erdbeben in Abtei, Irap-Ermäßigung, Vermögensverwaltung, Familienförderung, Wirtschaftsförderung und Genossenschaftswesen.

In der Debatte kritisierte die **BürgerUnion**, dass man angesichts der Arbeitsmarktkrise die Familien und Arbeitnehmer zu wenig unterstützt habe und dass man nun auswärtige Betriebe gegenüber einheimischen bevorzuge. Die Landesregierung habe ihren Spielraum nur zugunsten der Betriebe, nicht der Familien genutzt, meinte auch die Fraktion **Wir Südtiroler**. Die **Freiheitlichen** bemerkten, dass seit dem Mailänder Abkommen die Finanzierung der Autonomie unsicherer geworden sei, die **Grünen** wiesen auf drohende Schadenersatzzahlungen wegen der erschwindelten Kraftwerkskonzessionen hin, die **Süd-Tiroler Freiheit** auf die Schulden, die das Land gegenüber den Bürgern habe. ■



Sparen und Bauen

Kleine Reform der
Wohnbauförderung
ermöglicht das Bausparen

Der Landtag hat im September mit 18 Ja, 1 Nein und 4 Enthaltungen ein Gesetz verabschiedet, mit dem das Bausparen gefördert wird. Wie die **Landesregierung** in der Debatte erklärte, sind auch weitere Neuerungen enthalten, etwa eine Förderung zur Nutzung bzw. Sanierung bestehender Kubatur und die Einführung der einheitlichen Einkommens- und Vermögensbewertung.

Die **Freiheitlichen** freuten sich, dass ihre langjährige Forderung nun aufgegriffen wurde, und mahnten, dass man auch bei dieser Förderung darauf achten müsse, dass sie nicht Einwanderung anzieht. **Wir Südtiroler** hob hervor, dass die Zweckbindung in diesem Fall auf 20 Jahre gekürzt wurde, die immerwährende Bindung sei ungerecht. Sie sei rechtlich nicht haltbar, ergänzte die **BürgerUnion**. Wenn Geld in Eigenheimen angelegt werde, dann sei das auch für die Geldgeber, in diesem Fall der Rentenfonds, eine sichere Investition, hob die **SVP** hervor. ■

Gefahr für Bienen

Freiheitliche: Nur Spritzmittel zulassen, die für Bienen ungefährlich sind.

Nur Herbizide und Pestizide sollten erlaubt werden, die nachweislich nicht die Bienen gefährden, forderten die **Freiheitlichen** mit einem Beschlussantrag. Ein generelles Bienensterben könnte die ganze Nahrungsmittelkette gefährden, auch in der EU-Kommission werde derzeit über ein Verbot gewisser Pestizide (Neonicotinoide) nachgedacht. Im Vinschgau werde darüber gerade eine heftige Debat-

te geführt, laut Umfrage würden zwei Drittel der Bevölkerung die Spritzmittel am liebsten gänzlich verbieten.

Grüne und **Süd-Tiroler Freiheit** stimmten dem Antrag zu, denn mit den Bienen werde auch die Nahrungsmittelkette gefährdet. SVP-Vertreter wiesen darauf hin, dass Spritzmittel, die für Bienen gefährlich sind, bereits verboten sind. Dies sah auch der **Landeshauptmann** so: Nur unbedenkliche Mittel würden zugelassen, und in der Blütezeit werde auch streng kontrolliert. Der Antrag fordere somit nur, was bereits umgesetzt werde. Er wurde bei nur einer Gegenstimme angenommen. ■



Einsatz von Pestiziden: in der Blütezeit strengere Kontrollen

Abgelehnt

Beschlussanträge zu Wasserkonzessionen, Steuereinhebung, Beihilfen, Prostitution und Kindergeld

In den letzten Landtagssitzungen wurden auch zahlreiche Beschlussanträge vorgelegt, die keine Mehrheit im Plenum fanden, so die Anträge der **Grünen**, den **Gemeinden**, die auf die elektrische Nutzung der Wasserkraft verzichten, eine Ausgleichzahlung zu gewähren und vorerst keine neuen Kraftwerkskonzessionen mehr zu vergeben. Dafür sprachen sich **BürgerUnion**, **Freiheitliche**, **Süd-Tiroler Freiheit** und **Wir Südtiroler** aus, die Landesregierung verwies auf den neuen Wassernutzungsplan, der bereits Einschränkungen vorsehe.

Team Autonomie kritisierte die Vorgangsweise von Equitalia und forderte eine eigenständige Südtiroler Steuereintreibung. Auch dazu gab es Zustimmung von **F**, **STF**, **Grünen** und **WS**, die Landesregierung bezeichnete den Antrag aber als hinfällig, da eine neue Südtiroler Steuereinzugsgesellschaft bereits bald ihren Dienst aufnehmen werde.

La Destra forderte einen eigenen Quotienten für Einheimische bei den Förderungen des Landes. Dafür sprachen sich **Unitalia**, **WS**, **F** und **STF** aus, dagegen die **Grünen** und die Landesregierung, die darauf verwies, dass man die Ansässigkeit bereits zu berücksichtigen suche.

Unitalia plädierte für die Wiedereinführung der Freudenhäuser als Maßnahme gegen den Straßenstrich. Dafür waren **Freiheitliche** und **Team Autonomie**, die **STF** zeigte sich skeptisch, **Grüne** und **SVP** ablehnend.

Abgelehnt wurden schließlich auch zwei Anträge zum Kindergeld. Die **BürgerUnion** forderte die Angleichung an die Kosten eines Betreuungsplatzes, **Wir Südtiroler** eine Anhebung auf 400 Euro. Die Landesregierung kündigte eine Verdopplung auf 200 Euro an. ■

Starkstrom

F-Antrag zur Verlegung der Leitung angenommen

Die **Freiheitlichen** forderten eine unterirdische Verlegung der Starkstromleitungen bei Marling. Eventuell sollten die Umweltgelder für das Hydros-Werk in Marling herangezogen werden.

Die **Landesregierung** betonte ihre Absicht, die Leitungen aus bewohnten Gebieten zu verlegen. Bei dieser Verlegung müsse man erst überprüfen, ob die gesamte Leitung erneuert werden müsse. Der Antrag wurde bei 1 Enthaltung angenommen. ■

Korridor-Zug

STF: Verbindung Innsbruck-Lienz beibehalten

Die **Süd-Tiroler Freiheit** forderte die Aufrechterhaltung der Bahnverbindung zwischen Lienz und Innsbruck. Die beliebten Korridorzüge könnten durch die Flirt-Züge ersetzt werden. Auch **Grüne** und **Freiheitliche** stellten sich hinter den Antrag. Die **Landesregierung** sagte zu, mit der Tiroler Landesregierung Gespräche aufzunehmen, damit die Flirt-Züge die ganze Strecke übernehmen können. Der Antrag wurde einstimmig genehmigt. ■

Volgger bleibt EOI-Präsidentin



Volgger mit Alexander Sungurov (links), St. Petersburg, und Dragan Milkov, Serbien

Festakt zum 25. EOI-Geburtstag und Arbeitstagung in Innsbruck.

Mit großer Mehrheit wurde Südtirols Volksanwältin Burg Volgger im September von der Generalversammlung des Europäischen Ombudsman Instituts als Präsidentin bestätigt. Volgger steht dem Institut, das der wissenschaftlichen Begleitung der Ombudsman-schaft gewidmet ist, seit 2010 vor

und wurde nun für weitere zwei Jahre in ihrem Amt bestätigt. Die Generalversammlung tagte in Innsbruck, wo das EOI gegründet wurde und wo es, bei einem Festakt im Tiroler Landtag, seinen 25. Geburtstag gefeiert hat. Bei einer Arbeitstagung der Volksanwälte aus verschiedenen europäischen Ländern, bei der auch der Europäische Beauftragte für Menschenrechte referierte, war „Die Unabhängigkeit des Ombudsman“ das Leitthema. ■

Abgeordnete fragen / Landesräte antworten

Gewalt

BürgerUnion und **Team Autonomie** fragten, welche Maßnahmen die Landesregierung ergreifen wolle, um die Jugendlichen und unbeteiligte Bürger vor der zunehmenden Gewalt zu schützen.

Hier könne man nur gemeinsam vorgehen, antwortete LH **Luis Durnwalder**, Eltern, Erzieher, Lokale, Polizei usw. Die Gewalt habe auch ihre Hintergründe, etwa Arbeitslosigkeit, da zeige sich schon ein erstes Einsatzgebiet. Eine Maßnahme sei der Einsatz von Security-Personal auch außerhalb der Lokale. Die Täter müssten auch zur Rechenschaft gezogen und nicht einfach auf freiem Fuß gelassen werden. Wenn es sich um straffällige Ausländer handle, müssten sie ausgewiesen werden.

Fahnen

Die **Süd-Tiroler Freiheit** wollte Näheres zur Fahnenregelung wissen und berichtete von einem drohenden rechtlichen Nachspiel zum Herz-Jesu-Sonntag in Meran, da dort die österreichische Fahne gehisst wurde. Die staatliche Regelung von 1998 gelte für staatliche Einrichtungen und Gemeinden, antwortete LH **Luis Durnwalder**. Ein Privater könne bei sich jede beliebige Fahne hissen, die Aushängung auf öffentlichem Grund sei noch zu klären.

Hitler-Gruß

Laut Pressemeldungen wurde ein bundesdeutscher Fahrgast auf der Linie Kaltern-Bozen vom Fahrer mit dem Hitler-Gruß bedacht. Die **Grünen** fragten, ob der Vorfall überprüft und geahndet worden sei. Man habe den Linienbetreiber SAD schriftlich um Auskunft aufgefordert, berichtete die **Landesregierung**. Eine Anzeige sei nicht erstattet worden, es sei auch keine Beschwerde eingelangt. Das Mobilitätsressort plane Kurse zu Verhaltensregeln für die Fahrer.

Zweisprachigkeit

Die **Freiheitlichen** fragten nach der Zweisprachigkeitspflicht bei Subkonzessionären von SAD-Linien.

Die Zweisprachigkeitspflicht gelte auch für die Subkonzessionäre, antwortete die **Landesregierung**, der Zweisprachigkeitsnachweis sei erforderlich. Die SAD zahle allen Bediensteten mit Kundenkontakt die Zulage, bei den Subkonzessionären hänge das vom Dienstvertrag ab.

Primariate

Die Fraktion **Wir Südtiroler** verlangte Auskunft über die Vergabe der Primariate für Innere Medizin

im Krankenhaus Sterzing und für Gynäkologie im KH Innichen.

Die Stelle in Sterzing sei vorübergehend mit dem Primar der aufgelösten Abteilung in Brixen besetzt worden, antwortete die **Landesregierung**, und werde nach dessen Pensionierung ausgeschrieben. In Bruneck habe man sich wegen staatlicher Sparvorgaben für eine Zusammenlegung mit Bruneck unter der Leitung des Brunecker Primars entschieden. Die Personalunion solle so lange in Kraft bleiben, bis man eine Bewertung der Auswirkungen vornehmen könne.

Menschen mit Behinderung

Eine **SVP**-Abgeordnete beklagte ein unfreundliches Verhalten der Arbeitsservicestellen gegenüber Menschen mit Beeinträchtigung und fragte, ob das Personal für solche Fälle geschult sei und ob es zulässig sei, Menschen mit Behinderung von der Liste zu streichen, wenn sie eine zeitbegrenzte Arbeit erhalten.

Das Personal habe einen entsprechenden Ausbildungsnachweis, antwortete die **Landesregierung**, es sei ein Fachlaureat notwendig und auch eine Fortbildung. Die Listen würden nach denselben Kriterien erstellt wie jene für die anderen Arbeitslosen. ■